

Pressespiegel Dresden Nazifrei, 24.11.2014

Pegida-Demo und Gegenveranstaltungen in Dresden bleiben friedlich

dnn-online.de – 24.11.2014 – hh

Dresden. An der Pegida-Demonstration am Montagabend beteiligten sich laut Polizeiangaben rund 5500 Personen. Die Veranstaltung begann in dieser Woche am ehemaligen Robotrongelände am Pirnaischen-Platz. Anschließend bewegte sich der Demozug über den Dr.-Külz-Ring, den Postplatz und an der Semperoper vorbei auf den Theaterplatz. Hier wurden die Pegida-Demonstranten von rund 500 Gegnern lautstark empfangen. 370 Beamte sicherten die Demos ab.

Aus der Pegida-Demo war daraufhin der Ausruf „Wir sind das Volk!“ zu hören, der sich an die Friedliche Revolution von 1989 anlehnt. Im Vorfeld kam aus dem Demonstrationszug kein Laut – ein Teil des Konzeptes des Aufmarsches.

Wie die Polizei mitteilte, gab es am Abend keinerlei Auseinandersetzungen. Die Organisatoren legten in einer Rede mehrfach dar, dass man kein rechtes Weltbild vertreten wolle. Allerdings beteiligten sich an der Pegida-Demo wieder zahlreiche Neonazis wie beispielsweise der Dresdner Marco Eißler oder der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete René Despang. Darüber hinaus kritisierten die Pegida-Macher den Umgang der Medien und der Politik mit der wöchentlich stattfindenden Demonstration.

Über 5000 bei Demo gegen „Islamisierung“

sz-online.de – 24.11.2014 – SZ

Erneut folgen viele dem Aufruf der Pegida-Initiative und demonstrieren gegen eine vermeintliche Überfremdung. Es war die sechste Demonstration dieser Art in der Innenstadt seit Mitte Oktober.

Dresden. Noch immer haben die Anti-Islam-Demonstrationen in Dresden einen großen Zustrom. Hinter dem Bündnis „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) versammelten sich am Montagabend nach Polizeiangaben rund 5 500 Menschen. Es war die sechste Demonstration dieser Art in der Innenstadt seit Mitte Oktober.

Redner Lutz Bachmann sagte, das Bündnis sei für die Aufnahme von Kriegs-, aber für eine konsequente Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlings und Straftätern. Pegida hat seine Teilnehmerzahl wöchentlich jeweils fast verdoppelt. Etwa 400 Gegendemonstranten skandierten am Theaterplatz unter dem Motto „Gegen Heimat, gegen Volk, gegen Vaterland“ in Rufnähe gegen das Bündnis. Etwa 370 Polizisten sicherten die Demonstration ab.

Eine von Innenminister Markus Ulbig (CDU) angekündigte Polizei-Sondereinheit Asyl ist unterdessen auf scharfe Kritik gestoßen. Der Dresdner SPD-Chef Christian Avenarius sagte, der Vorschlag lasse auf eine Missachtung der Arbeit der sächsischen Polizei schließen. Die von Asylbewerbern begangenen Straftaten machten im Gesamtbild einen verschwindend geringen Teil aus. Die geplante Sondereinheit soll laut Ulbig gegen straffällig gewordene Asylsuchende vorgehen.

Auf Einladung von Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) haben gestern Abend mehrere

Mitglieder seines Kabinetts mit Landräten, Oberbürgermeistern und Behörden-Vertretern über die Unterbringung von Flüchtlingen beraten. Heute sollen Ergebnisse des Treffens präsentiert werden. (SZ)

Pegida-Bündnis bringt in Dresden erneut Tausende auf die Straße

Welt.de – 24.11.2014 – dpa

Dresden - Begleitet von Gegenprotesten sind in Dresden erneut Tausende dem Aufruf des Bündnisses «Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes» (Pegida) gefolgt und auf die Straße gegangen. Die Polizei schätzte die Zahl der Demonstrationsteilnehmer auf etwa 5500. Es war die fünfte Pegida-Kundgebung an einem Montagabend in Folge in der sächsischen Landeshauptstadt und die bislang größte.

Verschiedene Gruppen hatten zu Gegenprotesten aufgerufen, an denen sich nach Polizeiangaben insgesamt mehrere hundert Menschen beteiligten. Rund 400 von ihnen fanden sich allein auf dem Theaterplatz vor der Semperoper ein, um wenige Meter von der Pegida-Abschlusskundgebung entfernt gegen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zu demonstrieren.

Die Polizei war mit rund 350 Beamten im Einsatz. Zu Zwischenfällen kam es den Angaben zufolge nicht.

Demonstrationen in Dresden weiten sich aus - 5.500 Menschen schließen sich Pegida an

mdr.de - Zuletzt aktualisiert: 26.11.2014

Tausende Menschen sind in Dresden erneut dem Aufruf des Bündnisses "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes", Pegida, gefolgt. Die Polizei schätzte die Zahl der Demonstrationsteilnehmer auf etwa 5.500. Es war die sechste Pegida-Kundgebung an einem Montagabend in Folge in der sächsischen Landeshauptstadt und die bislang größte. Die Zahl der Anhänger steigt stetig an. Zogen anfangs etwa 300 Pegida-Anhänger durch Dresden, waren es am 17. November etwa 4.000 und in dieser Woche bereits 5.500.

Kritik an Innenminister Ulbig

Wie schon in der Vorwoche haben auch am Montag verschiedene Gruppen zu Gegenprotesten aufgerufen. An denen beteiligten sich nach Polizeiangaben insgesamt mehrere Hundert Menschen. Rund 400 von ihnen fanden sich allein auf dem Theaterplatz vor der Semperoper ein, um wenige Meter von der Pegida-Abschlusskundgebung entfernt gegen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zu demonstrieren. Die Polizei war mit rund 350 Beamten im Einsatz. Zu Zwischenfällen kam es den Angaben zufolge nicht.

Die Linke-Abgeordnete Juliane Nagel wirft Sachsens Innenminister Markus Ulbig vor, Pegida zu verharmlosen. Es gehe ihnen um Islamismus nur am Rande, so Nagel. Stattdessen wolle Pegida "das Asylrecht einschränken, Schutzsuchende abschieben und einen starken Staat". "Der Gipfel der Schamlosigkeit aber ist es, wenn Herr Ulbig den zivilgesellschaftlichen Protest gegen die Pegida-

Aufmärsche als 'die üblichen Antifa-Reflexe' abtut." Er wischt nach Ansicht von Juliane Nagel damit die Stimmen der Kirchenvertreter und weiterer zivilgesellschaftlicher Gruppen beiseite, die mit Blick auf PEGIDA von "religiös verbrämtem Rassismus" gesprochen haben.

5500 Demonstranten! | PEGIDA hat immer mehr Zulauf

Bild.de – 24.11.2014

Dresden – Die Zahl der Teilnehmer wächst bei jeder Veranstaltung beständig. So liefen Montagabend 5500 Anhänger von PEGIDA („Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes“) durch die Dresdner Innenstadt.

Trotz 400 Gegendemonstranten, die am Theaterplatz auf die Anti-Salafisten warteten, blieb es ruhig.

„Wir sind mit dem Einsatz sehr zufrieden, es gab keine Störungen, Verhaftungen oder ähnliches“, so Polizeisprecher Marko Laske (40). „Die rund 350 Beamten musste nirgends eingreifen.“

Ein Montag ohne Demos ist bisher jedoch noch nicht in Sicht. Bei der Abschlusskundgebung rief PEGIDA-Organisator Lutz Bachmann (41) bereits zur Demonstration für nächste Woche auf.

Auch die Gegner machen mobil: Im Internet fordert die Antifa deutschlandweit dazu auf, am 1. Dezember nach Dresden zu kommen und sich gegen „rassistische Großdemonstration“ zu stellen.

Wie sich die Montage 2014 von den "Friedensdemos" zu den Islamfeind_innen wandelten

Netz-gegen-nazis.de – 25.11.2014 – Simone Rafael

Es ist kalt, kurz vor Weihnachten und die Menschen sollten eigentlich etwas anderes auf ihrer Agenda haben als Menschenfeindlichkeit und Rassismus. Doch aktuell wittern Rassist_innen und Islamfeinde zu viel Morgenluft, um zu Hause zu bleiben. Bei der "Pegida"-Montagsdemonstration in Dresden gingen 5.500 Menschen "gegen Islamismus" auf die Straße, in Berlin-Marzahn versammelten sich am Montagabend diesmal sogar 1.000 Menschen, um gegen Flüchtlinge zu hetzen. Da offenbar mehr Gegendemostrant_innen arbeiten müssen, fielen die Gegenproteste weit geringer aus als am Wochenende. Was treibt die Rassist_innen auf die Straße?

In Dresden gingen am Montag 5.500 Menschen auf der sechsten Demonstration der "Patriotischen Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) auf die Straße ([Hintergrund zu Pegida hier](#)). Damit hat sich die Teilnehmer_innen-Zahl auf den Pegida-Demonstrationen von 350 Ende Oktober wöchentlich gesteigert und selbst im Vergleich zum vorigen Montag, wo 3.200 auf die Straße gingen ([fgn](#)), fast verdoppelt. 400 Menschen protestierten gegen diesen Strom von Islamfeinden. In der Rede der Veranstaltung wurde diesmal auch gegen "Wirtschaftsflüchtlinge" und "kriminelle Flüchtlinge" gewettert. Die rassistische Front gegen alles "Fremde" wird so immer sichtbarer.

In Berlin-Marzahn, wo am Wochenende noch rund 2.000 Berliner_innen die 800 rechte und rechtsextreme "Heimgegner_innen" gut blockiert hatten ([ngn](#) berichtete), konnten am Montagabend 950 gegen "Asylmissbrauch" durch die Straßen ziehen, nur 150 Gegendemonstrant_innen standen auf verlorenem Posten.

Hooligan-organisiert: Die Hetze gegen Muslime

Zu Beginn des Jahres waren es montags die verschwörungstheoretisch instrumentalisierten, bundesweit auftretenden "Friedensdemonstrationen", die für Aufsehen sorgten - bis sie ab Mitte des Jahres für die breite Masse der Wutbürger_innen an Attraktivität verloren. Dies geschah nicht nur wegen der Einsicht, dass sie wenig erreichen, aber auch, weil ihre starke Beeinflussung durch Verschwörungstheoretiker_innen öffentlich diskutiert wurde. Nun scheint die Wutbürger-Gruppe aber auf der Straße bleiben zu wollen. Sie hat sich transformiert und trägt nun ihren Hass auf den demokratischen Staat und alles "Fremde" auf den Demonstrationen gegen Salafisten und Islamisten ("HoGeSa", "SaGeSa", "Pegida", "BaGeSa" und wie sie alle heißen) auf die Straße. Natürlich nicht, ohne zu betonen, dass man kein Nazi sei, kombiniert mit der üblichen Rhetorik in solchen Fällen: kein offener, biologischer Rassismus, aber Kulturrassismus, rassistische Verallgemeinerungen, Imaginierung von Bedrohung, schlecht spontan widerlegbare Fantazahlen, Betonung der eigenen Freiheitsrechte bei gleichzeitiger Negierung derselben bei allen, die nicht der gleichen Meinung sind. Diese "Argumentationen" gibt es schon lang, Islamfeinde wie ProNRW, pi-news, AfD und deren Anhänger_innen lehren sie vor sich her und schreiben damit das Internet voll. Doch es blieb einem Hooligan-Forum vorbehalten, sich an der islamfeindlichen "English Defense League" zu orientieren und die in Deutschland vorhandenen Hooligan-Strukturen zu nutzen, um das bei den gewaltbereiten Fußballfans beliebte Gemeinschaftserlebnis rassistisch aufzuladen und politisch umzuleiten. Tatsächlich hielten die gut organisierten Hooligan-Strukturen, was die Initiatoren sich versprochen. Die gemeinschaftliche Großmacherei, angereichert mit rassistischem Pseudo-Inhalt, ein bisschen Staatsfeindlichkeit und politischer Unkorrektheit, kam an und brachte Tausende auf die Straßen. Erst waren es Hooligans, dann liefen die Rechten bis Rechtsextremen zu. Nun hat sich mit "Pegida" die Argumentation wieder eine Runde weiter gedreht: Weg vom Fußball, nominell auch weg von den Nazis, will man "spazierengehen" gegen "Islamismus", um sein Gemeinschaftserlebnis trotzdem zu haben, um sich mit seiner Rechtsaußen-Meinung einmal in der Mehrheit zu fühlen, wo einem das Leben doch permanent zeigt, dass die meisten Menschen in Deutschland die Demokratie schätzen und nicht so hasserfüllt und kleingeistig leben wollen.

Nazi-organisiert: Die Hetze gegen Flüchtlinge

Etwas anders, aber doch nicht ganz, ist es mit der Hetze gegen Flüchtlinge. Diese wird seit Mitte 2013 strategisch gezielt befeuert durch die Neonazis rund um die NPD. Schon die ersten "Nein zum Heim"-Gruppen bei Facebook, die zu den ersten "Lichtelläufen" im sächsischen Schneeberg führten, waren NPD-gesteuert - auch wenn es oft erst später offensichtlich wurde - und verwandelten Fragen der Bevölkerung mittels Gerüchten, nur kompliziert wiederlegbarem Scheinwissen und emotionalen Aufregerworten ("unsere Kinder", "unsere Frauen") in Angst und diese dann in Vorverurteilungen und Hass. Tatsächlich muss man zugeben, dass dies den Nazis gut gelang: Auf Demonstrationen gegen Flüchtlingsheime laufen überall durchschnittliche rechte Bürger_innen neben gewaltbereiten Neonazis, mit denen zu Paktieren eigentlich auch für sie gesellschaftlich unmöglich sein müsste, es nun aber offenbar nicht mehr ist. Vermittelnde Worte für

ein friedliches Zusammenleben finden in Orten, in denen die NPD und andere Rechtsaußen-Gruppen hetzen, weit schwerer Gehör. Kein Wunder, denn die, die sie sprechen, werden sogleich als "linke Gutmenschen" diffamiert. Die Hetze ist meist so dumpf, dass es kaum zu glauben ist, dass viele Menschen auf solche Parolen hereinfallen. Und doch ist es so. In Berlin beispielsweise ist es offensichtlich, dass die Nazi-Hetze (und ihre unwidersprochene Akzeptanz) einen Unterschied macht: Containerdörfer für Flüchtlinge sind nicht nur in Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Buch (Pankow) geplant, wo die rechtsextreme Szene mobilisiert - sondern auch in Steglitz-Zehlendorf und Lichtenberg. Dort gibt es keine Demonstrationen gegen Flüchtlinge. Stattdessen werden Probleme konkret, vor Ort und in Absprache geklärt - so, wie man sie wirklich löst. Denn das Herumstehen auf der Straße bringt keinem etwas, es ist nur ein Kanal für blinde Wut. Das Dumme ist nur, dass blinde Wut selten zu etwas Gutem führt, dafür sehr viel öfter zu Gewalttaten und Kriminalität, deren Vermeidung die "Heimgegner_innen" doch eigentlich wünschen.

Und nun wird es anstrengend

Kann man die rassistischen Wutbürger_innen einfach ins Leere laufen lassen und hoffen, dass der Winter und die Weihnachtsbesinnlichkeit die Motivation schon erledigen werden? Riskant. Alle Erfahrungen aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus zeigen, dass am Ende nicht die Städte ihre Nazi-Demonstrationen los geworden sind, die sie ignoriert haben, sondern die, die ihnen permanenten Gegenwind gemacht haben: Durch zivilgesellschaftliche Proteste ebenso wie durch Ausschöpfung kommunaler und polizeilicher Möglichkeiten. Es ist wichtig, dass rassistische Demonstrationen nicht unkommentiert bleiben. Die Gegenwehr nimmt den Spaß. Zugleich ist aber auch unumgänglich, Sachprobleme vor Ort tatsächlich zu bearbeiten, Demokratie als Prozess von Mitsprache und Austausch auch zu leben. Politiker_innen und anderen Personen des öffentlichen (Medien-)Lebens müssen sich bewusst machen, wo sie uninformiert oder bewusst verallgemeinernd und abwertend über Flüchtlinge oder Islamist_innen sprechen - und was die Folgen eines solchen Handelns sind, wer die Menschen sind, denen sie das Gefühl geben, eine Legitimation zur Tat zu haben - und was diese dann tun werden.

Protest gegen Muslime und Flüchtlingsheime: Der Brave-Bürger-Fremdenhass

Spiegel.de – 25.11.2014 – Christoph Sydow

"Wir haben nichts gegen Flüchtlinge, aber bitte nicht bei uns!" Diese und ähnliche Sätze fallen auf Kundgebungen in Dresden, Berlin und Hamburg. Der Protest gegen Asylbewerberheime und angebliche Islamisierung ist in der bürgerlichen Mitte angekommen.

Das Minarett von Dresden ist 62 Meter hoch. Es steht am Rande des Viertels Friedrichstadt und ist eines der architektonischen Highlights der sächsischen Landeshauptstadt. Das Minarett ist eigentlich nur ein getarnter Schornstein. Der Unternehmer Hugo Zietz errichtete in den Jahren 1908 und 1909 seine Yenidze-Tabakfabrik, die aussieht wie eine Moschee. Kuppel, Turm und die Fassadenmosaike gehören seither zum Stadtbild.

Mehr als ein Jahrhundert später hätte der Unternehmer wohl keine Chance, seine Pläne in Dresden zu verwirklichen. In Sachsen grassiert nämlich Islamangst. Seit Wochen demonstrieren jeden Montag Tausende Menschen in Dresden unter dem Slogan: "Patriotische Europäer gegen

Islamisierung des Abendlandes" (Pegida). An diesem Montag zählte die Polizei bei der sechsten Demonstration 5500 Teilnehmer.

Pegida - die Abkürzung erinnert an das Bündnis Hogesa, "Hooligans gegen Salafisten", das Ende Oktober in Köln mehrere Tausend gewaltbereite Rechtsextreme und Hooligans mobilisierte. Doch die Pegida-Bewegung will sich von den Schlägertypen der Hogesa abgrenzen.

"Wir sind keine Rassisten"

Die Protestbewegung in Dresden gibt sich betont bürgerlich. Es sind die Thilo-Sarrazin-Leser und AfD-Wähler, die in Sachsen auf die Straßen gehen. Auf ihren Bannern stehen keine platten Parolen, sondern zum Beispiel Zitate des gebürtigen Dresdners Erich Kästner: "An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die Schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern."

Die Demonstranten in Dresden betonen, sie seien nicht gegen den Islam, sondern gegen Islamisierung und radikalen Islamismus. Wo sie die Trennlinie ziehen, erklären die Pegida-Initiatoren nicht. Auch sonst machen sie es sich sehr einfach: "Radikale Islamisten sind keine Rasse, also sind wir keine Rassisten", verkündete Pegida-Gründer Lutz Bachmann in der vergangenen Woche. Und: "Wir lieben unsere Nation aber sind gegen Sozialismus, also sind wir keine Nazis."

An diesem Montag konnte Bachmann auf der Kundgebung eine besondere Erfolgsmeldung verkünden. Sachsens Innenminister Markus Ulbig hatte wenige Stunden zuvor die Schaffung spezieller Polizeieinheiten angekündigt, die für straffällige Asylbewerber zuständig sein sollen. "Diese Forderung ist nahezu identisch zu unserer, Herr Ulbig wird aber nicht von den Medien als Nazi betitelt", freute sich Bachmann in seiner Rede vor den Demonstranten.

Die Große Koalition in Dresden macht rechte Forderungen damit salonfähig. Doch nicht nur in Sachsen wird der Protest gegen Asylunterkünfte und Muslime immer bürgerlicher. Im feinen Hamburger Stadtteil Harvestehude, wo Neubauten für 6000 Euro pro Quadratmeter verkauft werden, haben in diesem Monat die Umbauarbeiten für eine neue Flüchtlingsunterkunft begonnen. Das Kreiswehrrersatzamt an der Sophienterrasse wird für knapp fünf Millionen Euro umgebaut, der Senat will dort bis zu 220 Flüchtlinge unterbringen.

Müssen Asylbewerber in Harvestehude verhungern?

Doch im Viertel der Porsche-Fahrer und Burberry-Mantel-Trägerinnen regt sich Protest. Mehrere Anwohner klagen gegen das Heim, weil sie die Unterbringung von Flüchtlingen im dortigen "geschützten Wohngebiet" für rechtswidrig halten. Eine Entscheidung steht noch aus. Auf Bürgerversammlungen zu dem Thema ging es hoch her: Anwohner fürchten steigende Kriminalität und den Wertverlust ihrer Grundstücke. "Nichts gegen Flüchtlinge, aber man muss nicht unbedingt die Gegend nehmen", brachte ein Hamburger seine Meinung gegenüber SPIEGEL TV auf den Punkt.

Andere zeigten sich besorgt, die Asylbewerber könnten in Harvestehude Hunger leiden, schließlich gebe es dort "keinen Penny und kein Lidl".

Der Berliner Stadtteil Marzahn ist das genaue Gegenteil von Harvestehude. In dem Plattenbauviertel im Osten der Hauptstadt sind die Mieten niedrig, die Arbeitslosenquote liegt im zweistelligen Bereich. Doch auch hier sagen Anwohner: "Asylanten gehören einfach nicht hierher". Auch in Marzahn haben in den vergangenen Wochen mehrfach Hunderte Menschen gegen die

Errichtung von Containern protestiert, in denen Flüchtlinge unterkommen sollen.

Unter der Losung "Wache auf. Handeln statt klagen" demonstrieren Anwohner und Rechtsextreme. "Die NPD und andere rechtsextremistische Gruppierungen versuchen gezielt, bürgerliche Demonstrationen für sich zu vereinnahmen", warnt Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen.

Erst in der vergangenen Woche hat eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt, wie weit verbreitet Ressentiments gegenüber Flüchtlingen sind - bis weit in die bürgerliche Mitte hinein. Fast die Hälfte der Deutschen hat demnach eine abfällige Meinung von Asylsuchenden und ist etwa der Ansicht, dass Asylbewerber ihre Notlage nur vortäuschen, um Leistungen in Deutschland zu erschleichen.

Demonstrieren statt diskutieren: Pegida weicht dem Diskurs zu Asyl in Dresden aus
dnn-online.de – 25.11.2014 – Stephan Lohse

Dresden. Demonstrieren statt diskutieren: Während am Montagabend Stadtverwaltung, Polizei und das Bundesamt für Asyl in der Dreikönigskirche den Dialog mit der Bürgerschaft suchten und sich den Fragen der Dresdner stellten, ging die sogenannte „Pegida“-Bewegung buchstäblich andere Wege. Statt sich an der Diskussion zu beteiligen, zogen laut Polizei rund 5500 Teilnehmer schweigend durch die Stadt.

„Besorgte Bürger, die Sorgen haben um ihre Kultur und ihre Stadt, auch Sorgen zur Unterbringung der Flüchtlinge, sind ernst zu nehmen“, hatte Frank Richter, Direktor der Landeszentrale für Politische Bildung und Moderator des städtischen Dialogs zum Thema Asyl, am Montag

in einem DNN-Interview gesagt. Das Zuhören in oder vor der Dreikönigskirche hätte zahlreiche dieser Sorgen bei vielen Demo-Teilnehmern beseitigen können.

So wendet sich Pegida beispielsweise vor allem gegen sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge, bei denen das Asylrecht sowieso nicht greift, erläuterte Birgit Bublinski-Westhof in der Dreikönigskirche. Die Leiterin der Chemnitzer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erklärte unter anderem den Ablauf eines Asyl-Verfahrens und gab Klarheit in Sachsen Abschiebequoten oder Gründen für und gegen Asyl.

Zudem werden seitens vieler Pegida-Teilnehmer Straftaten einiger Migranten pauschalisiert. In wütenden Facebook-Einträgen und Leserbriefen ist von aggressiven Moslems und täglichen Gewalttaten die Rede – mit der Wirklichkeit deckt sich das nicht. Ängsten vor wachsender Kriminalität im Umfeld von Asylbewerberheimen trat in der Dreikönigskirche Dresdens Polizeichef Dieter Kroll entgegen. "Es gibt Ausländerkriminalität, davon aber die Gefährlichkeit einer ganzen Menschengruppe abzuleiten, geht zu weit", sagte der Polizeipräsident und sprach sich zudem gegen die von Innenminister Markus Ulbig (CDU) angekündigten Sondereinheiten der Polizei für kriminelle Asylbewerber aus. Von Asylbewerbern in Sachsen gehe keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus.

Redner Lutz Bachmann attackierte in seiner Rede an der Lingnerallee auch Sozialbürgermeister

Martin Seidel, statt mit diesem in der Dreikönigskirche das Gespräch zu suchen. Dort erklärte Seidel noch mal, warum, wann und wie die Stadt informierte. Die Pegid-Demonstranten machten sich in diesen Minuten fertig zum "Spaziergang in Richtung Theaterplatz, weit weg vom Ort des Bürgerdialogs.

Auch die Hauptstoßrichtung von Pegida, die angebliche „Islamisierung des Abendlandes“ lässt sich nicht mit Fakten unterfüttern. Zum einen wird von der Stadt nicht erhoben, wie viele Dresdner muslimischen Glaubens es gibt. Erfasst ist nur, dass in Dresden etwa 18.000 Menschen mit Migrationshintergrund sowie 25.000 Ausländer und rund 2000 Asylbewerber leben. Wie viele davon Muslime sind, ist unklar. Sachsenweit schätzte Innenminister Markus Ulbig (CDU) vor vier Jahren den Anteil der Muslime im Freistaat auf 0,1 Prozent. Drei Moscheen im Vergleich zu mehr als 80 christlichen Kirchen lassen die Behauptung einer drohenden Islamisierung zumindest fragwürdig wirken.

Die Reden der Pegida-Organisatoren bleiben nebulös. Statt Fakten regieren Parolen. Trotzdem wuchs die Zahl der Teilnehmer einmal mehr: Aus anfänglich rund 100 Demonstranten sind inzwischen mehr als 5000 geworden, die längst nicht mehr nur aus Dresden kommen. Aus ganz Sachsen und auch anderen Bundesländern kommen die Teilnehmer und sorgen so für weiter steigende Zahlen.

Das Publikum ist gemischt. Zu vielen „normalen“ Bürgern gesellen sich auch zahlreiche Rechtsextreme und gewaltbereite Hooligans, die in der Menge widerspruchsfrei mitlaufen können. Stimmen der Teilnehmer dazu gibt es nicht. Nach einigen rassistischen Rufen bei den ersten beiden Demos hatten die Organisatoren ihre Strategie geändert. Seitdem herrscht Schweigepflicht. Bis auf kurze Redebeiträge zu Beginn und am Ende bleibt der Zug still. Zudem sind die Teilnehmer angehalten, nicht mit Außenstehenden oder Medienvertretern zu sprechen.

„Rechts“ ist man laut Selbstdarstellung keinesfalls. Der „Feind“ steht allerdings klar links, bei manchen Teilnehmern inklusive Polizei und Oberbürgermeisterin. Das Kulturbüro Sachsen, das sich seit mehr als 10 Jahren für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzt, bezeichnete Bachmann in seiner bei Facebook dokumentierten Rede gar als "linksfaschistisch". Kommuniziert wird vorrangig per Mail und in sozialen Netzwerken. Dort wird dann über den „Geburtenschihad“, angeblich „faule Ausländer“ und „integrationsunwillige Muslime“ gehetzt, werden politische Gegner beschimpft und sollen „aus dem Land getrieben werden“. Auf der Pegida-Facebook-Seite wurden am Dienstagnachmittag nahezu alle Inhalte von den Betreibern gelöscht, User hatten offenbar das Angebot wegen rassistischer Inhalte gemeldet.

Die breite gesellschaftliche Mehrheit spricht sich seit Wochen gegen Pegida und deren Forderungen aus. Eine Erklärung von Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) zu einem solidarischen Umgang mit Flüchtlingen wird abgesehen von der FDP/FB-Fraktion von allen Fraktionen des Dresdner Stadtrates getragen. Auch Kirchen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und andere Organisationen sprechen sich deutlich gegen Pegida aus. "Der Hass gegen den Islam und die Ablehnung der Aufnahme Asylsuchender bestimmen die Positionen der Pegida. Demgegenüber treten die unterzeichnenden Organisationen für die Religionsfreiheit und die Aufnahme Asylsuchender in Dresden ein", heißt es in einem gemeinsamen Papier.